Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 62 (1975)
Heft: 23

Artikel: Mögliche Ausbildungsbedürfnisse für Schulinspektoren am Beispiel Orientierungsstufe

Autor: Weibel, Walter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-534351

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mögliche Ausbildungsbedürfnisse für Schulinspektoren am Beispiel Orientierungsstufe

Walter Weibel

In den einzelnen Kantonen hat der Schulinspektor u. a. die Aufgaben der Unterrichtsbeurteilung und der Mitverantwortung an den Schulreformprojekten wahrzunehmen. Für beide Aufgaben bekommt er aber keine eigentliche Aus- und Fortbildung. Am Projekt der Orientierungsstufe, das in zahlreichen Kantonen geplant und realisiert wird, sollen mögliche Ausbildungsbedürfnisse für Schulinspektoren dargestellt werden.

Zur effektiven Unterrichtsverbesserung durch die Beurteilung trägt auch ein Zielkatalog bei. Dieses Zielgefüge kann sich zum einen erstrecken auf didaktisch-methodische Richtlinien (wie z. B. Unterrichtsgestaltung, Medieneinsatz), oder auf eher sozialpsychologische Merkmale (wie etwa die Frage nach dem Lehrer-Schüler-Verhalten); zum andern aber kann ein Zielgefüge auch bildungspolitische Absichten verfolgen, wie es in diesem Fall der Aufbau der Orientierungsstufe bedeuten kann.

Heute besteht die Einsicht, «dass eine Reform von Schule und Unterricht mehr ist als die Angleichung der Schulstrukturen auf politischer Ebene und dass grundlegende Untersuchungen das Fundament echter Reformen sein müssen» (LATTMANN/WEISS 1974, 65). Diese festgestellte Tendenz der Oberstufenreform wurde bereits 1968 von FREY (1968) dargelegt. Heute besteht für die Neugestaltung der Volksschuloberstufe, d. h. also für die Orientierungsstufe, ein bestimmter Zielkatalog, der folgendes beinhalten kann:

1. Die Hauptaufgabe der Volksschuloberstufe liegt in der Vorbereitung auf das Berufsleben. Dafür werden begründete pädagogisch-didaktische Konzepte und Programme entwickelt.
2. Die Verlängerung der Schulpflicht führt dazu, dass Berufswahlentscheidungen individuell vorbereitet und auf die Anforderungen des heutigen Lebens ausgerichtet werden können.
3. Mit der Ausdehnung der Schulpflicht und mit der damit notwendigen Neugestaltung der Volksschuloberstufe müssen die Lehrpläne und auch der Lehrbetrieb neu überprüft werden.
4. Die Durchlässigkeit der Schultypen gilt auch als Voraussetzung für die Chancengleichheit, was ein wesentlicher Programmpunkt der Orientierungsstufe ist.
5. Durch ein Wahlfachsystem, durch Niveau- und Stützkurse soll die Ausbildung differenzierter gestaltet werden können. Diese inneren Differenzierungsmöglichkeiten reichen vom Fächeraustausch bis zum gemeinsamen Unterrichten der Schüler aller Züge.
6. Die Reorganisation der Orientierungsstufe sieht die Schaffung von Oberstufenzentren vor, damit die angestrebte Differenzierung des Bildungsangebotes realisiert werden kann.[1]

Da heute der Orientierungsstufe in der Schweiz eine Hauptaufmerksamkeit in der Schul- und Bildungsreform zukommt, hat sie für diesen vorliegenden Fall exemplarischen Charakter. Es lassen sich an diesem Ziel- und Inhaltskatalog einige wichtige Ausbildungsbedürfnisse des Schulinspektors aufzeigen, wie sie sich aus seinen Aufgaben der Unterrichtsbeurteilung ergeben.

6.1 *Bildungsziele der Orientierungsstufe*

Die Orientierungsstufe umfasst die Volksschuloberstufe (Sekundarstufe I) im Bereiche des 6./7.–9. Schuljahres.[2] Ziel dieser Schulstufe soll die «Orientierung des Schülers bezüglich seiner künftigen Studien- und /oder Berufswahl sein. Der Name sagt dagegen nichts aus über die Strukturen und die Organisationsform dieser Stufe» (STADELMANN 1974, 14).

In dieser Schulstufe dürfte die Berufsfindung das zentrale Bedürfnis der Schüler sein. Diese Feststellung wird durch Thesen für die Reform der Oberstufe unterstützt *(Kommission Gestaltung Oberstufe 1974, 4–5):*

6.1.1 Die Volksschuloberstufe muss zur Orientierungsstufe ausgebaut werden, damit über eine individuell vorbereitete Berufswahlentscheidung ein wesentlicher Teil dessen verwirklicht wird, was man mit Selbst-

findung des Menschen bezeichnet. Die Schule hat dabei vermehrt Aufgaben in der Information und Beratung zu übernehmen.

6.1.2 Die Orientierungsstufe muss ihrem Auftrag gemäss, individuell optimale Berufswahlentscheidungen vorzubereiten, so flexibel gestaltet sein, dass die Schüler im gegebenen Zeitpunkt die ihrer Entscheidung entsprechende Lerngruppe besuchen können . . .

6.1.3 Eine flexible Orientierungsstufe bedingt die räumliche Nähe der angebotenen Schultypen oder Lerngruppen . . .

6.1.4 . . . Durch den Kontakt mit Kameraden aus anderen Schichten mit anderen Berufsvorstellungen (soll der Schüler) Alternativen erfahren.

Diese vier Thesen offenbaren den Grundtenor der Reformbestrebungen für die Oberstufe: Angestrebt werden parallel geführte Züge, denen verwandte Unterrichtsthemen zugrundeliegen, um die Wahlmöglichkeiten für Beruf oder schulische Spezialisierung nicht frühzeitig einzuschränken, da sonst die Determinanten des ausserschulischen Milieus die Bildungseinrichtung oder den Zeitpunkt des Schulschlusses aus wirtschaftlichen Motiven und solchen des sozialen Vorurteils ungünstig beeinflussen (FREY, 1968, 25).

Daraus darf man ableiten, dass die Volksschuloberstufe mit dieser Zielsetzung ein neuer Verwirklichungsort neuerer Bildungsaufgaben wird.[3] Für die Formulierung von Bildungszielen der Orientierungsstufe müssen «Berufs- und Arbeitswelt als erste Faktoren zur Bestimmung ihrer Bildungsbedeutung beizuziehen sein» (FREY 1968, 18). Von diesen Zielsetzungen her (FREY, LATTMANN, RICKENBACHER) lassen sich folgende ungefähre Bildungsziele für die Orientierungsstufe ableiten:

– Hauptaufgabe der Oberstufe liegt in der Vorbereitung auf das Berufsleben.[4] Die immer längere Ausbildungszeit in vielen Berufen, die starke Spezialisierung und die hohen Anforderungen der weiterführenden Schulen bedingen eine breitere Grundschulung des jungen Menschen.

– Die Verlängerung der Schulpflicht (9. Schuljahr) soll dazu führen, dass Berufswahlentscheidungen individuell vorbereitet und auf die Anforderungen des heutigen Lebens ausgerichtet werden können.

– Die Durchlässigkeit der Schultypen muss gewährleistet werden, dies als Voraussetzung der Chancengleichheit.

– Differenzierter Unterricht muss gefördert werden, z. B. über Auffächerung des schulischen Angebotes mit Niveau- und Stützkursen.[5]

– Das Hauptziel des differenzierten Unterrichtes muss es sein, den Jugendlichen in der Zeit der Berufs- und Schulwahlentscheidung in seiner individuellen Begabung zu erfassen und zu fördern.[6]

Grundsätzlich lassen sich die allgemeinen Bildungsziele auch an dem Bildungsbegriff der Realschule ableiten, den FREY (1968, 55) in seiner Untersuchung dargelegt hat. Nach ihm gelten die folgenden Merkmale als Grunddaten für den eigenständigen Bildungsbegriff:

– Keine Wiederholung des Volksschulstoffes, sondern Weiterführung mit einer neuen Gewichtung.

– Hinführung zu einem elementaren Verständnis der wissenschaftlichen Grundfunktion in ständiger Verbindung mit lebenspraktischen Situationen (Technik, Wirtschaft, geistige Bewältigung von politischen und besonderen ausserberuflichen Belangen).

– Betonung des Werklich-Konstruktiven und (oder) Wirtschaftlich-Gesellschaftlichen.

– Unterricht in Wechselwirkung von konkreter Erfahrung und theoretischem Modellverständnis (Praktika, fachübergreifende Themen, Arbeitsgemeinschaften).

– Letztlich immer im Sinne einer Allgemeinbildung, d. h. gehobenen Grundbildung.

– Eröffnung von Berufsfeldern im Rahmen der sogenannten Mittleren Kader und zugleich Wahrung des Anschlusses an die oberen Klassen des Gymnasiums.

– Vorbereitung für die Berufswahl durch Orientierung und Entscheidungsanleitung.

– Im gleichen Zusammenhang Einführung in eine politisch verstandene Arbeitswelt mit grösstmöglicher Einübung in selbständige Beschlussfassung und Erledigung von Vorhaben im Rahmen von Kleingruppen.

– Keine Identifizierung mit gymnasialen Bildungsinhalten, da diese schon vom Realgymnasium oder ähnlichen Institutionen besetzt sind (FREY 1968, 55–56).

Am konkreten Beispiel der Walliser Orientierungsschule, die im Herbst 1974 eingeführt wurde, können nochmals einige Ziele

knapp zusammengefasst werden (WALLIS, 1974, 11):
– Sie erweitert und vertieft die durch die Primarschule vermittelte Bildung.
– Sie hilft dem Schüler, durch die Schul- und Berufsorientierung bei der Wahl des Berufes, der seinen Fähigkeiten und seinen Neigungen am besten entspricht
– Sie vermittelt ein Stoffprogramm, das auf Allgemeinbildung und nicht auf Spezialisierung ausgerichtet ist. An erster Stelle sollen die geistigen, seelischen und körperlichen Fähigkeiten entwickelt werden, ohne dass die notwendigen Grundkenntnisse vernachlässigt werden.
Die hier wiedergegebenen Bildungsziele der Walliser Orientierungsschule entsprechen in etwa den Tendenzen der Oberstufenreform in den meisten deutschsprachigen Kantonen der Schweiz.

6.2 *Leitideen am konkreten Beispiel Luzern*

Das Schulwesen des Kantons Luzern stellt im Bereiche des 7.–9. Schuljahres das typische Beispiel einer additiven Orientierungsstufe dar, d. h. der traditionellen dreigliedrigen Schule mit ihren Hauptnachteilen (vgl. STADELMANN 1974, 28):
– Frühe Zuweisung der Schüler zu den Schultypen, wodurch die Berufs- und Bildungsrichtung zu sehr präjudiziert wird.
– Ungünstige Verhältnisse bezüglich der Durchlässigkeit zwischen den Schultypen, da die Curricula kaum aufeinander abgestimmt sind, und
– hohe Repetentenquoten.
1971 wurde bei der Abänderung des Erziehungsgesetzes als eine der wesentlichsten Neuerungen das obligatorische 9. Schuljahr für alle Schüler eingeführt. 1972 setzte der Luzerner Erziehungsrat eine Kommission zur Gestaltung der Oberstufe ein, die Dr. Iwan Rickenbacher präsidierte.
Am 8. Februar 1974 veröffentlichte diese Kommission ihren Schlussbericht «Die Orientierungsstufe in kooperativen Schulzentren».[7]
Gemäss ihrem Auftrag entwickelte die Kommission
– die Bildungsziele für diese Stufe
– organisatorische Vorschläge
– Anforderungen an die Lehrerbildung und
– Entscheidungsgrundlagen für die bildungspolitischen Entscheide.

Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Kommissionsarbeit ist der Vorschlag, alle bestehenden Schultypen im Bereich des 7.–9. Schuljahres in gegenseitige Beziehung zu bringen und in die Reform einzuschliessen:

ORIENTIERUNGSSTUFE

7. – 9.	Werkschule[8]	Realschule[8]	Sekundarschule	Untergymnasium

Nach diesem Plan bleiben die einzelnen Schultypen bestehen, arbeiten jedoch eng zusammen und koordinieren auch ihre Curricula. Um ihren Auftrag richtig lösen zu können, entwickelte die Kommission Leitideen für die Oberstufe. Diese enthalten die Grundsätze, nach denen die Reform der Oberstufe verwirklicht werden soll, und zwar nicht nur im Kanton Luzern, sondern in der ganzen Zentralschweiz. Diese Leitideen, welche wohl das Kernstück des Berichtes sind, gliedern sich in die folgenden Bereiche:
1 Schulorganisation
2 Selektion, Durchlässigkeit, Promotion
3 Lehrplan
4 Lehrerbildung
Für die uns in diesem Bereich gestellte Aufgabe sind v. a. die Leitideen 2–4 wichtig, weil sie am besten mögliche Ausbildungsbedürfnisse für Schulinspektoren aufzeigen können:
Wir möchten jedoch nicht die Leitideen vollständig zitieren, sondern lediglich jene Sätze wiedergeben, die uns sehr interessieren:
Die Leitideen *Selektion* (Kommission Gestaltung Oberstufe 1974, 8)
Die gegenwärtige Selektion der Schüler für bestimmte Klassen oder Typen der Orientierungsstufe wird durch eine 1- bis 2tägige Aufnahmeprüfung (punktuelle Auslese) vorgenommen. Die Entscheidungen sind schwierig zu korrigieren. Durch eine längere Beobachtung und durch eine breitere Erfassung des Schülers (Persönlichkeit, Schulleistung, Intelligenz) und durch Schaf-

fung von Korrekturmöglichkeiten in der Orientierungsstufe soll das bestehende Selektionsproblem entschärft werden.

1) Für die ganze Orientierungsstufe ist eine möglichst hohe Durchlässigkeit anzustreben.

2) Die einmalige punktuelle Aufnahmeprüfung am Ende der Primarschulzeit wird durch ein Übertrittsverfahren ersetzt, das alle Schüler erfasst, sich über eine längere Zeit erstreckt und eine möglichst umfassende und objektive Beurteilung der Schüler ermöglicht.

4) In der Orientierungsstufe werden verbesserte Differenzierungsverfahren und besondere Fördermassnahmen geschaffen. Das Repetieren einer Klasse soll damit zur Ausnahme werden.

5) Die Leistungsbeurteilung soll alle Fächer einbeziehen.

Die Leitideen *Lehrplan* (Kommission Gestaltung Oberstufe 1974, 9)

Durch die Einführung des Begriffes Curriculum anstelle von Lehrplan soll die qualitative Verbesserung, die mit der Lehrplanreform bezweckt wird, herausgestellt werden. Künftige Curricula sollen neben allgemeinen Zielen der Schule und des Unterrichtes mehr praxisbezogene Informationen enthalten ... Ein wichtiges Kriterium bilden (in der Überprüfung des Curriculuminhaltes) die Lebenssituationen, die in Zukunft zu bewältigen sind.

Lebenssituationen sprechen im Sinne der Kommission auch ethische Probleme an, das Leben in einer durch bestimmte soziale, ethische, religiöse und ästhetische Werte geleiteten Gesellschaft.

3) Bisherige und neue Curriculuminhalte haben sich nach aktuellen und künftigen Bedürfnissen der Schüler zu richten. Der Unterricht an diesen Inhalten hat zum Ziel, den Schüler zur Bewältigung von Lebenssituationen vorzubereiten.

4) Zur Erarbeitung der Curricula sind Arbeitsgruppen zu bilden, in denen Lehrer der betreffenden Lerngruppen mit weiteren Fachleuten (Erziehungswissenschafter, Psychologen, Fachdidaktiker, Berufsberater, Berufsleute, Eltern und Schüler) zusammenarbeiten.

Die Leitideen *Lehrerbildung* (Kommission Gestaltung Oberstufe 1974, 10)

3) Die Ausbildung, Fort- und Weiterbildung der Orientierungsstufen-Lehrer hat sich nach den Anforderungen der ganzen Orientierungsstufe zu richten.

4) Die Lehrer an der Orientierungsstufe müssen in verschiedenartigen Lerngruppen einsetzbar sein.

6) Die Lehrer an der Orientierungsstufe müssen in ihrem erziehungswissenschaftlichen Studium auf die Belange der Studien- und Berufswahl vorbereitet werden.

6.3 *Funktion der Lehrer und Schulbehörden in diesem Modell*

In diesem Vorschlag zur Gestaltung der Oberstufe der Kommission RICKENBACHER geht es um weit mehr als ein Modell, das nur die technisch-organisatorische Dimension berücksichtigt. Sicher ist die Schulplanung und damit die Bildung der Oberstufenkreise entscheidend (vgl. LUZERN 1974, 11–26).

1. Grosse Bereitschaft zur Innovation auf der Orientierungsstufe, d.h. der Lehrer muss fähig sein, sich an der planmässigen, empirisch kontrollierten Veränderung und Erneuerung eines Schulsystems mitzubeteiligen (Erarbeiten neuer Lehrpläne, Einsatz neuer Lehrmittel, Anwendung neuer Unterrichts- und Verhaltensformen).

2. Kooperationsbereitschaft der Lehrer in den verschiedenen Abteilungen (=Lerngruppen) der Orientierungsstufe. Dass Lehrer miteinander kooperieren, ist vor allem auf dem Gebiet der Durchlässigkeit entscheidend wichtig. Denn die Durchlässigkeit der Schultypen gilt als Voraussetzung für die anzustrebende Chancengleichheit. Denn «Chancengleichheit heisst konkret, dass jeder Schüler seiner Eignung gemäss ausgebildet werden kann, ohne Einschränkung durch seine soziale Herkunft, sein Geschlecht oder seinen Wohnort» (LUZERN 1974, 5). Chancengleichheit erfordert deshalb einen differenzierten Unterricht. Dadurch soll der Lehrer der Orientierungsstufe das Ziel erreichen, den Jugendlichen in der Zeit der Berufs- und Schulwahlentscheidung in seiner individuellen Begabung zu erfassen und zu fördern.

All diese erwähnten Aufgaben setzen voraus, dass die Orientierungsstufenlehrer in einem Team zusammenarbeiten wollen.

3. Neben der eigentlichen Ausbildung zum Orientierungsstufenlehrer setzen diese Auf-

gaben eine dauernde Fortbildung voraus, in der Erfahrungen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse für den Schulalltag ausgewertet und fruchtbar gemacht werden.
Diese Aufgaben bringen dem Orientierungsstufenlehrer neue Funktionen ein:
1. Die Orientierungsstufe verlangt neue Lernziele und Lerninhalte. Die Lehrkräfte müssen an der Entwicklung der Lehrpläne beteiligt sein. Nach der Meinung der Kommission Gestaltung Oberstufe muss die Lehrplanentwicklung dorthin zu verlegen sein, wo unterrichtet wird (vgl. DUBS 1974).
2. Aus den Orientierungsstufenfenlehrern muss ein Kader gebildet werden, das sich für die Lehrplanentwicklung zur Verfügung stellt. Diese Lehrplanarbeit wird zum fächerübergreifenden Unterricht und damit auch zu einer Veränderung der Unterrichtsinhalte führen.
3. Die Orientierungsstufenlehrer müssen Materialien für die Schul- und Berufswahlvorbereitung (vgl. RAUH 1974, 41–46) entwickeln, das bedingt, dass «der Klassenlehrer die Aufgabe der Berufsorientierung übernimmt, d. h. der Einführung in die Berufsethik und der Information über Berufe» (Kommission Gestaltung Oberstufe 1974, 25).[9]
4. Es sind in Zusammenarbeit mit den Lehrern Materialien für die Förderung der Durchlässigkeit im Schulsystem zu entwikkeln. So muss eine Koordination der Lehrpläne in der Differenzierung der Leistungsforderungen erreicht werden (vgl. Kommission Gestaltung Oberstufe 1974, 27).
5. Die Orientierungsstufenlehrer werden in der Lehrplanreform auch neue Arbeits- und Verfahrensweisen des Unterrichtens zu erproben haben (vgl. RICKENBACHER 1972).
6. Die Lehrerschaft der Orientierungsstufe muss verschiedene Strukturierungsmöglichkeiten des Unterrichtes in den Kernfächern erkennen und durchführen, z. B. Projektunterricht, verschiedene Formen des Gruppenunterrichts.
Diese neuen Aufgaben des Orientierungsstufenlehrers erfordern neue Aufgaben für die Schulbehörden. Das zentralschweizerische Leitbild beschreibt auch für die Schulleitung neue Funktionen und führt dabei aus: «Die Schulleitung kooperativer Schulzentren ist ein Ort, wo lokale Reformen vorgeschlagen, mitgeplant, durchgeführt und mitkontrolliert werden» (Kommission Gestaltung Oberstufe 1974, 29). Somit wird die Schulleitung als ein Reformträger für längerfristige Entwicklungsvorhaben betrachtet.
Mit diesem Aufgabenbereich muss sich auch der Schulinspektor auseinandersetzen.
Aus den Ausführungen über die Unterrichtsbeurteilung und die Aufgabenbereiche des Schulinspektors (vor allem am konkreten Beispiel der Orientierungsstufe) ergeben sich für den Schulinspektor folgende Aufgaben:
– genaue Informationen über sämtliche Schulbereiche der Orientierungsstufe
– Beratungstätigkeit für die Unterrichtsgestaltung und -durchführung
– Beratungstätigkeit und Mitarbeit bei der Überprüfung und Bewertung der Selektionsinstrumente für die Übertritte
– Mitarbeit in der Berufswahlorientierung
– Mitarbeit in der Lehrplanarbeit
– Intensive Kenntnisse in den verschiedenen Bereichen und Kategorien der Unterrichtsbeurteilung (und damit in der Unterrichtsforschung)

6.4 *Aus- und Fortbildungsbedürfnisse der Schulinspektoren (Prognose)*

Aus allen den aufgestellten Forderungen und den neuen Aufgaben ergeben sich neue (und eigentliche) Aus- und Fortbildungsbedürfnisse der Schulinspektoren.
Diese Liste ist somit lediglich als Prognose aufzufassen. In den meisten Kantonen sind den Inspektoren folgende Aufgaben übertragen (ISENEGGER 1974, 9):
– Überwachung des Schulwesens im Kanton (oder Bezirk)
– Vollzug der kantonalen Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse des Erziehungsdepartementes oder Erziehungsrats
– Förderung und Beratung der Schulen und deren Entwicklung
– Bildung der Zwischenstelle im Dienstverkehr zwischen Schulen, Gemeindebehörden und Erziehungsdepartement
Trotz dieser ausserordentlich wichtigen Aufgabenstellung gibt es bis heute in der Schweiz keinen spezifischen Ausbildungsgang für Inspektoren. Die meisten Schulinspektoren waren – sofern sie hauptamtlich tätig sind – vorher Primar- oder Sekundarlehrer.

Deshalb sind folgende Ausbildungsbedürfnisse sehr entscheidend:

6.4.1 Unterrichtsbeurteilung
- Erkennen der Zusammenhänge des Unterrichts im methodisch-didaktischen Bereich
- Erkennen des Unterrichts als Geschehen sozialen Handelns zwischen Schüler–Lehrer–Schüler
- Erkennen von Kriterien für die Unterrichtsbeurteilung des Lehrers

6.4.2 Der Inspektor als pädagogischer Experte

Er ist nicht der Inspizient, wie ihn FÜRSTENAU (1972, 58) beschreibt: «Die Schulaufsicht ist in erster Linie mit der Bewahrung und Behütung, dem Schutz der Schüler vor Gefahren und der Überwachung einschlägiger Anordnungen und Regelungen beschäftigt, nicht mit der pädagogischen Arbeit, die auf die Veränderung der Schüler hinsichtlich Verhalten, Kenntnissen und Fertigkeiten hinzielt.» Der Inspektor ist Berater des Lehrers in Unterricht und Erziehung. Deshalb erfordert diese Aufgabe eine erziehungswissenschaftliche Grundausbildung.

6.4.3 Kenntnisse der modernen Führungsgrundsätze des «modernen management» für die Administration.

6.4.4 Gesprächsbereitschaft, d. h. ausführliche Kenntnisse der Gesprächstechnik und -führung, wie sie für das Beurteilungsgespräch notwendig sind.

6.4.5 Bereitschaft für die Mitträgerschaft der Schulreform, im besonderen Fall der Orientierungsstufe. Das verlangt vom Inspektor aktive Mitarbeit in der Lehrplanentwicklung und der Mithilfe beim Herstellen der verschiedenen Materialien für die Berufswahlorientierung.[10]

Diese Ausbildungsbedürfnisse sind aber nicht mit einer kurzen, punktuellen Ausbildung der Schulinspektoren zu befriedigen. Sie sind nur in einer begleitenden Ausbildungsform zu erreichen, wobei gerade im Bereich der Aufgaben der Schulreform eine permanente Fortbildung notwendig ist, die für Schulinspektoren spezifisch ist. Dazu wird wohl eine eigentliche Strategie zur Verwirklichung dieses schulpolitisch wichtigen Anliegens notwendig sein. Die intensive Ausbildung in allen Formen der Unterrichtsbeobachtung und -beurteilung nimmt aber dabei nach wie vor die erste Priorität ein.

Anmerkungen

[1] Vgl. Luzern: Richtlinien für die Regierungspolitik in den Jahren 1972–75, Luzern, S. 113. Diese Zielsetzungen, wie sie für den Kanton Luzern und die Zentralschweiz vorliegen, gelten als ein Auswahlbeispiel. Dieser Zielkatalog wird auch an anderen Orten in ähnlicher Weise angestrebt.

[2] Vgl. WEMA: Bildungswesen im Vergleich, Bonn 1974, wo das Bildungssystem verschiedener Länder dargestellt wird, u.a. die Orientierungsstufe, S. 8, 19, 42, 47.

[3] Vgl. SIMONET (1965, 3): Überlegungen zu einer Reform der gymnasialen Oberstufe. Auch die gymnasiale Stufe muss sich diese neue Zielsetzung geben: «Vor allem geht es darum, gewisse Fächer- und Stoffwucherungen sowie vorzeitige Spezialisierungstendenzen, die sich besonders unter dem Einfluss der modernen Errungenschaften in das Programm des Gymnasiums eingeschlichen haben, zurückzuschneiden und so dem Gymnasium den Charakter einer Schule der Allgemeinbildung wiederzugeben.» Damit kann gezeigt werden, dass diese gleichen, bzw. ähnlichen Bestrebungen auf der Volksschuloberstufe wie auf dem Gymnasium erreicht werden sollen.

[4] Vgl. NOWEY (1974): Unterrichtsgebiet Arbeits- und Soziallehre. NOWEY legt an Schulversuchen und Vorlaufmodellen von Bayern deutlich dar, welche didaktischen, curricularen und unterrichtsorganisatorischen Probleme, Zielsetzungen und Innovationen für eine notwendige Weiterentwicklung der vorberuflichen Bildungsarbeit vorhanden sind.

[5] Niveaukurs: Unterricht in leistungshomogenen Lerngruppen
Stützkurs: Sonderkurs zur Förderung von Schülern, die vorübergehende Schwierigkeiten zu überwinden haben.

[6] Vgl. Interkantonaler Lehrplan für Realschulen (Antrag der Berufsberatung des Kantons Luzern zum Entwurf von 1973), wo ein dreijähriger Stoffverteilungsplan zur Berufswahlvorbereitung vorliegt nach den folgenden Bildungszielen:
Förderung der Berufswahlreife durch:
- Einsicht in den tieferen Sinn der Arbeit
- Anerziehung einer guten Arbeitshaltung
- Überblick über die Berufs- und Arbeitswelt
- Einblick in Berufe, die der Stufe angepasst sind

– eigene Fähigkeiten und Neigungen erfahren lassen
– Konfrontation der Berufswünsche mit den Berufsanforderungen

[7] Der hier verwendete Begriff der Orientierungsstufe deckt sich nicht mit dem der Bundesrepublik Deutschland: Dem differenzierten und individualisierten Unterricht in der Mittelstufe soll im 5. und 6. Schuljahr eine Orientierungs- und Beobachtungszeit vorausgehen, in der alle Kinder der beiden Jahrgänge zusammengefasst werden. Erst nach der Orientierungsstufe soll über die Schwerpunkte des weiterführenden Bildungsweges eines Kindes entschieden werden. In diesen zwei Jahren sollen die unterschiedlichen Voraussetzungen und Lernerfolge der Schüler verschiedener Grundschulen ausgeglichen werden, Begabungen und Neigungen sollen gezielt entwickelt und gefördert sowie neue Motivationen vermittelt werden. Die Einführung der Orientierungsstufe in der BRD ist ein bedeutsamer Schritt in Richtung auf das Ziel der Gesamtschule.

[8] Werkschule = Oberstufe der Hilfsschule
Realschule = bisherige Oberschule, ausgebaut und auf neun Jahre erweitert.

[9] Dazu meint RAUH: Auf der Sekundarstufe I wird der praxisorientierte Unterricht im Rahmen eines Faches oder Stoffkreises, den wir hier mit dem Doppelbegriff «Berufskunde/Arbeitslehre» etikettieren, die Berufsbeobachtung vertiefen und auf die Laufbahnwahl ausrichten. In dieser Phase werden Betriebs- und Berufsbesichtigungen, Schnupperlehren und Berufspraktika organisiert... Nicht eindeutig beantworten lässt sich die Frage, ob das Vermitteln berufskundlicher Informationen generell zum Aufgabenbereich des Lehrers an der Sekundarstufe I gehört! (S. 43)

[10] Kantonalschulinspektor Wieland (Obwalden) meinte am 20. Juli 1974 in Chur anlässlich des Rapportes über ein OECD-Seminar zur Rolle des Inspektors: «Veränderungen im Sinne des Realisierens von Innovationen werden in den kantonalen Schulsystemen in erster Linie durch die Schulinspektorate angeregt und zur Einführung gebracht. Die Schulinspektoren haben die gesetzliche Kompetenz, an die Entscheidungsbehörden Anträge zu stellen oder im Rahmen der Lehrplankontrolle selbst Entscheidungen zu treffen... Der Inspektor muss bei diesen Innovationsprozessen an entscheidender Stelle dabei sein, als Animator, als Projektgestalter, als Leiter, als Überwacher, als Kontrolleur... je nachdem. Die Inspektoren verstehen sich deshalb als erste Mitarbeiter der Entscheidungsinstanzen im Schulwesen, kraft ihrer Ausbildung und Erfahrung, aber auch kraft ihrer steten Kontakte mit der Lehrerschaft wie auch durch ihr Verantwortlichsein.»

Literatur

Dubs, Rolf: Praxisorientierte Curriculumforschung und Lehrplanarbeit. In: «schweizer schule» 1974, 61. Jg., Nr. 12, S. 538–547

Frey, Karl: Der Bildungsauftrag der Realschule. Weinheim 1968

Fürstenau, Peter (Hrsg.): Zur Theorie der Schule. 2. Auflage. Weinheim 1972

Isenegger, Urs: Organisation, Aufgaben und Entwicklung des Volksschulinspektors in der deutschsprachigen Schweiz. Freiburg und Sarnen 1974

Kommission Gestaltung Oberstufe: Die Orientierungsstufe in kooperativen Schulzentren. Luzern 1974

Lattmann, Urs-Peter / Weiss, Josef: Tendenzen der Oberstufenreform. In: Berufsberatung und Berufsbildung, 1974, 59. Jg., Nr. 3/4, S. 65–73

Luzern: Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Reform der Volksschuloberstufe. Luzern 1974

Nowey, Waldemar: Unterrichtsgebiet Arbeits- und Soziallehre. München 1974

Rauh, Christoph: Der Lehrer und die Laufbahnwahl seiner Schüler. Arbeitsbericht der Hochschule Aargau. Aarau 1974

Rickenbacher, Iwan: Gedanken zur Ausbildung der Sekundarlehrer. In: Jahrbuch 1972 Schweiz. Sekundarlehrerkonferenz. Weinfelden 1972

Simonet, Luzius: Überlegungen zu einer Reform der gymnasialen Oberstufe. Einsiedeln 1965

Stadelmann, Robert: Orientierungsstufe der Stadt Luzern. Luzern 1974

Wallis: Die Orientierungsschule und ihre Studien- und Berufsmöglichkeiten. Sitten 1974

WEMA: Bildungswesen im Vergleich. 4 Bände. Bonn 1974

Hinweis

«Muss eine Schule wie eine Schule aussehen?» frägt Kurt Riedberger in seinem Aufsatz «Schulbau auf neuen Wegen». Die Antwort auf diese Frage und zahlreiche wertvolle Ratschläge erfahren Sie in der Sondernummer «Schulhausbau» der Schweizerischen Lehrerzeitung (Nr. 45 vom 13. November 1975). Eignet sich als kleines Kompendium für alle, die sich mit Fragen des Schulhausbaus beschäftigen.